SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Protokoll der Diskussion zu den Beiträgen: Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung (Bergmann, Joachim; Brandt, Gerhard; Körber, Klaus; Mohl, Ernst Theodor; Offe, Claus) & Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung (Dahrendorf, Ralf)

Popitz, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Popitz, H. (1969). Protokoll der Diskussion zu den Beiträgen: Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung (Bergmann, Joachim; Brandt, Gerhard; Körber, Klaus; Mohl, Ernst Theodor; Offe, Claus) & Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung (Dahrendorf, Ralf). In T. W. Adorno (Hrsg.), *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?: Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1968* (S. 100-116). Stuttgart: Ferdinand Enke. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-369317

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

PROTOKOLL DER DISKUSSION

(Diskussionsleiter HEINRICH POPITZ)

Adorno: Ich habe mich zunächst bei Ihnen dafür zu entschuldigen, daß ich schon wieder hier auftrete. Aber da es gestern zu der projektierten Diskussion meines Referats nicht gekommen ist, und da Herr Dahrendorf in seinem Referat explizit darauf Bezug genommen hat, würde ich es als Kneifen empfinden, wenn ich ihm nicht antwortete, und zwar genauso dezidiert, wie er zu meinem Referat sich stellte; selbstverständlich ohne daß ich dabei die Punkte präjudizieren möchte, die sich auf das von Herrn Brandt verlesene Referat der Arbeitsgruppe beziehen, die anstelle von Herrn Teschner eingesprungen ist.

Ich möchte zunächst wenigstens ein Wort sagen zum Komplex Theorie und Praxis. Mich hat gewundert, daß gerade von Herrn Dahrendorf der Vorwurf erhoben wurde, die Dinge, die ich vertreten habe und die auch von der Arbeitsgruppe vertreten worden sind, seien von der Praxis allzuweit entfernt gewesen. Ich bin eigentlich auf diesen Vorwurf bisher sonst eher von ganz anderer Seite her gefaßt. Ich kann nicht den ganzen Komplex aufrollen und möchte mich bescheiden zu einer immanenten Kritik dessen, was Herr Dahrendorf über diesen Punkt gesagt hat. Der Kern seines Argumentes war doch wohl der, daß eine sogenannte gesamtgesellschaftliche Konzeption notwendig auch einen Begriff gesamtgesellschaftlicher Praxis involviere, während diejenige Praxis, die erfolgversprechend ist, bei der man also wirklich etwas Reales bessern kann, etwa die ist, daß man der berühmten Forderung des Tages genügt, also in konkreten Einzelheiten sich bewährt. Nun, ich glaube in der Tat, daß der ganze Zusammenhang von Theorie und Praxis durchaus neu und radikal durchdacht werden muß und vor allem, daß man nicht in einer klappernden und mechanischen Weise einen Zusammenhang von Theorie und Praxis postulieren darf. Ich bin mir auch der Gefahr bewußt und meine, das in meinen Arbeiten reichlich zum Ausdruck gebracht zu haben, daß die Forderung der Einheit von Theorie und Praxis sehr leicht zu einer Art von Zensur der Theorie durch die Praxis führt. Dadurch unterbleibt unter Umständen gerade die für eine sinnvolle Praxis notwendige gesellschaftliche Analyse. Aber ich denke doch, daß die Begriffskombination zwischen den Kategorien Theorie und Praxis und gesamtgesellschaftlicher oder empirischer Einzelanalyse, so wie

sie dem Konstrukt von Herrn Dahrendorf zugrunde liegt, nicht zu halten ist. Und zwar möchte ich dabei auf eine ganz simple Tatsache verweisen. Nämlich, daß man, wenn man in einem beschränkten sogenannten konkreten Bereich – und wer möchte heutzutage nicht konkret sein – etwas zu ändern versucht, fast mit abstrakter Notwendigkeit, mit einer Regelhaftigkeit, die den Charakter der lähmenden Stereotypie hat, auf Grenzen einer solchen partikularen Praxis stößt. Ich bedaure es in diesem Zusammenhang ganz besonders, daß mein Kollege Teschner nicht unter uns ist, der in seinen Untersuchungen über politischen Unterricht außerordentlich konkret und zwingend nachgewiesen hat, daß die Reform- und Besserungsvorschläge, die in diesem für die Zukunft einer freien Gesellschaft so außerordentlich wichtigen Sektor gemacht werden, sofort auf Grenzen stoßen, die man nur als durch das System gegebene Grenzen bezeichnen kann. Ohne daß ich den Riesenaspekt Theorie und Praxis jetzt aufrollen möchte, dürfte das doch genügend rechtfertigen, daß Praxis nicht an den einzelnen konkreten Notsituationen primär sich entfaltet, sondern daß sie das, was das Ganze meint, in sich einbezieht. Selbstverständlich ist das gesellschaftliche Substrat schließlich die konkrete Situation: was geändert werden muß, ist das reale Leben der einzelnen Menschen. Aber eine solche Veränderung ist jetzt und hier nicht notwendig eine des Lebens der Menschen unmittelbar, weil ihr Leben kein unmittelbares ist, sondern längst durch jene gesamtgesellschaftlichen Momente determiniert. Die zu erkennen, ihre in jedem Augenblick zu erfahrende, aber außerordentlich schwer nun wieder ihrerseits in Tatsachen zu übersetzende Beschaffenheit, das macht die oberste Aufgabe einer aktuellen Soziologie aus. Herr Dahrendorf hat mich in diesem Zusammenhang attackiert deswegen, weil ich so etwas wie einen neuen Jargon der Eigentlichkeit verbreiten würde. Ich möchte annehmen, daß sich das auf die Terminologie der theoretisch orientierten Arbeiten der Frankfurter Schule bezieht. Herr Dahrendorf, ich bitte Sie zu verzeihen, wenn ich hier sehr drastisch rede. Aber ihr Einwand ist eine Retourkutsche, und zwar eine die mich nicht mitnimmt. Keine Wissenschaft, gleichgültig welcher Art, kommt ohne eine gewisse Terminologie aus. Diejenigen, die den Jargon der Eigentlichkeit gelesen haben, wissen, daß ich dabei nicht etwa das Terminologische jener Sprache angegriffen habe, sondern eine Terminologie, die sich gebärdet, als ob sie keine wäre. Oder anders gesprochen: den Ausdruck von gesellschaftlich vermittelten Verhältnissen, der sich benimmt, als ob er der Ausdruck menschlicher Urerfahrungen wäre. Der Jargon der Eigentlichkeit ist ein Stück Ideologiekritik und nur als solches zu verstehen, deshalb auch kritisierbar nur an seinem spezifischen Inhalt. Es gehört zum elementaren Verständnis einer solchen Ideologiekritik, daß man nicht etwa den Begriff Jargon, wie er darin vorkommt, einfach nach wissenschaftlichen Spielregeln behandelt und fragt, ist das nun wirklich ein Jargon, sondern daß man das kritisch-parodische Moment daran mitdenkt. Und dazu allerdings stehe ich und bilde mir ein, daß diese Arbeit immerhin ein wenig zur Entideologisierung der deutschen Atmosphäre beigetragen hat. Der sogenannte Jargon, wie er

mir und meinen nächsten Freunden vorgeworfen wird, wenn der sich dadurch auszeichnen soll, daß er sich dem leichten Verständnis entzieht, dann kommt das genau davon, daß hier der Versuch gemacht wird, durch einen sehr strengen Ausdruck der Sache selbst sich jener Schlamperei der allgemeinen Kommunikation zu entziehen, die, so wie die Gesellschaft heute geartet ist, selber nur dazu hilft, die Wahrheit durch den Schein eines allgemeinen Einverständnisses zu verdunkeln.

Weiter hat Herr Dahrendorf mir einen – er drückte sich sehr diskret und rücksichtsvoll aus –, aber doch: einen nicht ganz verantwortungsvollen Gebrauch der Kategorien objektiv und subjektiv vorgeworfen. Ich möchte diese Begriffe klarstellen, obwohl Sie wissen, daß die Anschauungen, für die auch ich einstehe, mit dem Prinzip der Definition nicht so rückhaltlos einverstanden sind wie die, welche die Gegenposition vertreten. Aber immerhin: gemeint ist hier mit einer *objektiven* Soziologie eine, die glaubt, auf Strukturen der Gesellschaft rekurrieren zu können, die, wie ich es gestern ausgedrückt habe, dem System der Gesellschaft selber entnommen sind oder das System der Gesellschaft selber treffen, und die nicht etwa durch das szientifische Bedürfnis und die szientifische Organisation hervorgebrachte Systematisierungen oder Ordnungsschematas sind. Demgegenüber habe ich mit *subjektiv* zweierlei bezeichnet.

Einmal den *szientifischen* Subjektivismus: daß die Ordnungskategorien der klassifikatorischen Wissenschaft die eigentlichen Medien der Erkenntnis abgeben sollen auf Kosten einer Struktur der Sache selbst. Dann aber, und das war wohl mehr die Bedeutung, die Herr Dahrendorf im Auge hatte, den Subjektivismus, der darin besteht, daß auf subjektive Daten, also zum Beispiel auf Einkommensgruppen oder auf Standesbewußtsein, auf Rollenbewußtsein oder gar auf die bekannten Indices wie die amerikanische Schichtensoziologie sie benutzt, rekurriert wird dort, wo es sich in Wirklichkeit um die objektiv vorgezeichnete Stellung der einzelnen Menschen im Produktionsprozeß handelt.

Herr Dahrendorf hat sehr effektvoll darauf hingewiesen, daß schließlich eine soziale Tatsache wie die weit unterrepräsentative Beteiligung von Arbeiterkindern an den sogenannten höheren Bildungsinstitutionen doch weiß Gott ein konkretes Problem sei, das aber nach den Kategorien, die ich verwende, der Vergleichgültigung verfiele. Ich möchte kein Mißverständnis aufkommen lassen; ich bin der letzte, der diese Dinge unterschätzt, und das ist noch viel zu schwach und armselig gesprochen. Natürlich ist der letzte Angriffspunkt einer kritischen Theorie der Gesellschaft das reale Leben der einzelnen Menschen. Aber der Unterschied besteht darin, ob man dabei von Einzelsektoren ausgeht, oder ob man die Einzelsektoren, die Einzelerfahrungen sieht in einem Strukturzusammenhang mit der Gesellschaft als solcher. Wie weit man an Einzelphänomenen auch unabhängig davon etwas ändern kann, das muß im Augenblick auf sich beruhen; die Grenzen sehe ich als sehr eng an. Aber ich meine etwas, was sicherlich Herrn Dahrendorf als einem

genauen Kenner von Marx ebenfalls gegenwärtig ist, nämlich, daß dieser und Engels den Gebrauch der beiden Begriffe arm und reich, wie er etwa bei den Utopisten, schon bei dem alten Morus vorliegt, aufs allerschärfste kritisiert hat. Nicht deshalb, versteht sich, weil er die Tatsache der Armut hat bagatellisieren wollen, sondern weil er glaubte, daß die allerrealste und dringlichste, die reale Armut der Menschen, gleichzeitig von der Struktur her nicht das Erste, sondern ein Abgeleitetes und Sekundäres ist, das man in seiner Vermittlung erkennen muß. Geht man auch hier wirklich auf die Wurzeln, so setzt man sich dadurch auch noch dem Vorwurf der Unmenschlichkeit aus, weil man nicht unmittelbar an die Menschen denkt. Aber ich halte auch das für einen Teil des Verblendungszusammenhangs. Die Unmenschlichkeit, um die es geht, ist gerade die, daß die Menschen in ihrem lebendigen Schicksal zu Objekten geworden sind, und es ist nicht die Unmenschlichkeit der Soziologie, die versucht, das auszusprechen.

Nun, was die Zurückhaltung in bezug auf die Zukunft anlangt, so kann ich dazu nur wiederholen, was ich gestern sagte; daß der Sinn emphatischer Theorie nicht die Prognose ist. Das gehörte eigentlich in den Zusammenhang einer Positivismus-Debatte, denn im Positivismus sind die Bewährungskriterien für die Wahrheit allesamt prognostischer Art. Herr Dahrendorf hat so viele Fragen aufgeworfen, daß ich zum Thema Prognose vielleicht mit einer Frage antworten darf. Es könnte ja möglich sein – Horkheimer hat in einer alten Arbeit einmal dies Problem sehr eindringlich verfolgt –, daß es zu den Eigentümlichkeiten gerade der Irrationalität der Gesellschaft gehört, daß Prognosen zumal gesamtgesellschaftlicher Art, und zwar gerade wegen der systemfremden Faktoren, auf die die Arbeitsgruppe hingewiesen hat, nicht mehr möglich sind.

Was den Begriff der Anarchie anlangt, so glaube ich – es tut mir leid –, daß Herr Dahrendorf an dieser Stelle ein bißchen undialektisch gedacht hat. Natürlich ist das weiter kein Wunder, aber man darf es vielleicht doch sagen. Es sieht aus, als ob der Begriff der Anarchie bei Marx in einem durchaus kritischen Sinn verwandt wurde, das wissen wir alle. Aber dahinter steht die Vorstellung von der Anarchie der Warenproduktion, also von einem Zustand, in dem die Menschen den über sie ergehenden gesellschaftlichen Gesamtprozeß als ein für jeden Einzelnen Blindes und Zufälliges erfahren. Die Idee hinter der Kritik einer solchen Anarchie ist die einer Kritik an dem über die Menschen herrschenden System, keineswegs die an der Idee einer Freiheit von Herrschaft insgesamt. Solange man diesen Doppelcharakter der Kritik an der Anarchie, der Stellung zu ihr überhaupt, nicht einbegreift, sieht man den gesamten Komplex zu kurz. Marx hat während der Jahre seines Lebens, die er darauf verwandte, den Anarchismus zu kritisieren, nicht etwa einen herrschaftslosen Zustand hintertreiben wollen, sondern meinte, daß durch bestimmte kurzschlüssige Aktionen das, was ihm vorschwebte, hintertrieben werde.

Der zentrale Punkt ist die Frage nach der Herrschaft. Es will mir scheinen, als ob die Wiederaufnahme der Kategorie der Herrschaft, die ja bekanntlich

in schroffem Gegensatz zu dem Antidüring von Engels steht, auf die Dialektik der Aufklärung von Horkheimer und mir zurückgeht. Dabei hat schwerlich die Theorie bloß sich zurückgebildet, wie man es uns gelegentlich vorgeworfen hat. Vielmehr drückt darin sich etwas sehr Reales und Ernstes aus, das im übrigen ja in den bisherigen Beiträgen immer wieder zur Sprache gekommen ist; die Tendenz – ich spreche ausdrücklich von Tendenz –, daß die gegenwärtige Gesellschaft, wenn ihre politischen Formen sich unter Zwang radikal an die ökonomischen anschließen sollten, unmittelbar im prägnanten Sinn meta-ökonomischen, nämlich nicht mehr durch den klassischen Tauschmechanismus definierten Formen zusteuert. Daß derartige Tendenzen bestehen, darüber dürfte wenig Kontroverse unter uns herrschen. Dann gewinnt aber tatsächlich der Begriff der Herrschaft erneut eine gewisse Präponderanz gegenüber den rein ökonomischen Prozessen. Strukturell scheinen durch eine immanente sozial-ökonomische Bewegung Formen gezeitigt zu werden oder sich abzuzeichnen, die dann ihrerseits aus dem Determinationszusammenhang der reinen Ökonomie und der reinen immanenten gesellschaftlichen Dialektik heraustreten und bis zu einem gewissen Grad sich verselbständigen, und keineswegs zum Guten. Hegel hat das mit satanischer Unschuld prognostiziert an der Stelle der Rechtsphilosophie, wo er sagt, daß die bürgerliche Gesellschaft, damit sie nicht in Stücke bricht, damit sie einigermaßen intakt weiter funktioniert, aus sich heraus Kräfte evoziert, die sogenannten Korporationen und die Polizei, die ihrerseits nun wieder von dem rein gesellschaftlichen Kräftespiel ausgenommen sein sollen. Er hat das als ein Positives gesehen, während wir unterdessen durch den Faschismus – und ich glaube, was Faschismus ist, das wissen wir – aufs gründlichste darüber belehrt worden sind, was der erneute Übergang in unmittelbare Herrschaft bedeuten kann.

Weiter bin ich der Ansicht, daß die Streittheorie, wie sie von Simmel entwickelt worden ist, und wie ihr Herr Dahrendorf zumindest zeitweise angehängt hat, nicht hypostasiert werden kann, jedenfalls nicht der Streit an sich. In der gegenwärtigen Situation ist das, ich möchte sagen, durchsichtige Telos legitimen Streites die Herstellung des Friedens. Das elementare Bedürfnis der Menschen, das jedem anderen vorgängig ist – das kam sowohl in dem Referat der Gruppe wie ganz unabhängig davon gestern in meinem eigenen zum Ausdruck –, hat seinen Primat darum, weil man alle anderen Bedürfnisse überhaupt – verzeihen Sie bitte die schreckliche Banalität, Herr Dahrendorf – nur dann haben kann, wenn man lebt. Daß auf die gegenwärtige zerrissene, antagonistische Gesellschaft mit Mitteln des gesellschaftlichen Kampfes zu antworten ist, darf nicht dazu führen, daß man die Kategorie des Streites selber als eine Invariante der menschlichen Natur absolut setzt. Ich finde, das ist ein allzu kostspieliger anthropologischer Sport; real sind die Formen des Streites, die heute aktuell sind, die gleichen, die buchstäblich das Leben der Menschen auszulöschen drohen. Die Vorstellung, der Streit oder die Lebensnot seien produktiv, hat sicherlich einmal ihr Wahrheitsmoment gehabt. Angesichts der destruktiven Potentiale der gegenwärtigen Technik, andererseits auch der

Absehbarkeit eines wirklich radikal friedlichen Zustands glaube ich nicht, daß jene Vorstellung von der beflügelten Kraft des Streites noch gilt. Sie stammt eben wirklich aus einer relativ harmlosen Konkurrenzphase, die ihre Harmlosigkeit verloren hat. Wir haben ja verschiedentlich gehört, daß die Struktur unserer Gesellschaft längst nicht mehr die einer eigentlichen Konkurrenzstruktur ist. Ich bekenne mich lieber zu der Kantschen Idee des ewigen Friedens als zum Idealismus von Fichte, bei dem die Dynamik Selbstzweck wird, wenn nur die freie Tathandlung der Menschen sich fessellos entfaltet. Antwortet man darauf mit der Sorge, ob denn nun wirklich eine friedliche Gesellschaft nicht einschlafen, nicht stagnieren würde und sonst was, dann würde ich zunächst einmal ganz einfach sagen, das sind curae posteriores. Die Möglichkeit, daß die Welt zu schön werde, ist für mich so arg schreckhaft nicht. Wenn im übrigen irgend etwas nach einem wieder aufgewärmten Liberalismus aus dem neunzehnten Jahrhundert klingt, dann ist es genau diese zarte Sorge.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Worte sagen über die Kategorie der Utopie. Auch sie unterliegt einer historischen Dynamik. Ich sehe von der Marxschen Problematik des Kampfes gegen den anarchistischen Utopismus im Augenblick einmal ab. Aber die Produktivkräfte, die materiellen Produktivkräfte haben sich heute derart entwickelt, daß bei einer rationalen Einrichtung der Gesellschaft die materielle Not nicht mehr nötig wäre. Daß ein solcher Zustand, und zwar auf der ganzen Erde, in tellurischem Maßstab sich herstellen ließe, das wäre im neunzehnten Jahrhundert als kraß utopistisch verfemt worden; noch in dem Beispiel von dem Kaviar und den Heringen schwang etwas davon mit. Dadurch, daß die objektiven Möglichkeiten so unendlich erweitert sind, besitzt jedenfalls die Art Kritik am Utopiebegriff, die an der Perpetuierung des Mangels orientiert war, eigentlich keine Aktualität mehr.

Was nun die Herrschaft anlangt – wenn ich dazu noch eine Bemerkung machen darf –, so glaube ich, daß auch hier die Interpretation von Herrn Dahrendorf angesichts der heute bestehenden Potentialien allzu unschuldig war. Herrschaft hatte schon immer das Moment des Furchtbaren in sich. Muß man heute zu einer radikalen Kritik von Herrschaft schreiten, so ist der Grund davon nicht der Kindertraum eines seligen Zustands unter Palmen, sondern einfach der, daß die Herrschaft in sich selbst heute, um sich als Herrschaft zu erhalten, die Tendenz zur Totalität ausbrütet. Und was totalitäre Herrschaft bedeutet, das wissen wir. Das ist der Grund, warum wir mit dem Begriff der Herrschaft nicht so zimperlich umgehen, nicht auch an ihre guten Seiten denken sollten, die sie sicherlich zuzeiten gehabt hat. Gegenüber dem Potential des absoluten Grauens, dem wir nach meiner Überzeugung nach wie vor gegenüberstehen, können sie ernsthaft nicht ins Gewicht fallen.

Weiter etwas zu Totalität und Konkretion. Es sieht in der bisherigen Diskussion dieses Kongresses leicht so aus, als ob da auf der einen Seite eine Gruppe von besonnenen Wissenschaftlern stünde, die sich mit dem Konkreten bechäftigen, die nach der Formel songez au solide handeln, während auf der

anderen Seite ausschweifende Denker, Windbeutel, nichts anderes im Kopf haben als die abstrakte Totalität. Ich hoffe, gerade ich muß nicht sagen, daß ich mir der Komplexität des Zusammenhangs von Totale und Einzelnem sehr bewußt bin. Auch der Primat der Totale darf nicht hypostasiert werden. Die Totale reproduziert sich selber immer wieder aus den Einzelheiten des gesellschaftlichen Lebens, letztlich den Individuen. Wenn wir auf die Totalität der Gesellschaft einen solchen Wert legen, dann geschieht das nicht deshalb, Herr Dahrendorf, weil wir uns an den großen Begriffen, an der Macht und Herrlichkeit der Totale berauschten, sondern im Gegenteil, weil wir in ihr das Verhängnis sehen, darin, wenn ich mich selber zitieren darf, „daß das Ganze das Unwahre ist". Wird demgegenüber heute von Pluralismus geredet, dann ist zu argwöhnen, daß dieser Pluralismus unter der ansteigenden Herrschaft des Gesamtsystems zur Ideologie wurde. Es käme darauf an, die Vormacht der Totale zu brechen, anstatt so zu tun, als ob Pluralität bereits existent wäre. Es ist darauf hinzuarbeiten, daß so etwas wie Pluralität, eine Assoziation freier einzelner Menschen doch einmal möglich wird. Dabei ist allerdings die ganze Dialektik auch im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft mitzudenken.

Zum Schluß möchte ich nur noch sagen, daß auch in der Konzeption von der Gesellschaftslehre, für die ich im Augenblick ohne alle Autorität spreche, der schwerste Nachdruck auf das Konkrete, Einzelne fällt, aber in einem anderen Sinn, nämlich dem, daß die Vormacht der Totale, die zwar abstrakt ist, aber dem allgemeinen Begriff in einem gewissen Sinn sich auch entzieht, nur in der Erfahrung des Einzelnen und in der Deutung dieser Erfahrung des Einzelnen getroffen werden kann. Abgesehen davon ist, wo es dem Denken überhaupt noch möglich ist, Einzelnes und Konkretes zu ergreifen. Darin gerade überwintert das Potential einer besseren Einrichtung der Gesellschaft, die eine wäre, in der das Viele ungefährdet und friedlich miteinander existieren könnte. Nicht etwa ist die Totalität das Interesse einer kritischen Theorie der Gesellschaft derart, daß sie jene herstellen möchte. Was mir zum Vortrag von Herrn Dahrendorf einfiel, ist rhapsodisch genug, und ich danke Ihnen, daß Sie mir so viel Aufmerksamkeit gewidmet haben.

v. d. Gablentz: Voraussetzung für eine herrschaftslose Gesellschaft ist eine Statik der Bedürfnisse und der Mittel für ihre Befriedigung. Beispiele dafür habe ich voriges Jahr in der Südsee kennengelernt. Was in Wirklichkeit angestrebt wird von denen, die mit Recht das Problem der Herrschaftslosigkeit wieder aufgerollt haben, das ist die Verantwortung des einzelnen Menschen für die Position seines eigenen Lebens im öffentlichen Leben: das ist das Problem einer vernünftigen Dezentralisation. Eine Demokratie, die dazu nicht fähig ist, ist höchst fragwürdig. Mit einer Universitätsreform ist nichts geleistet, wenn dahinter nicht eine umfassende Bildungsreform steht, und deren Voraussetzung ist eine grundsätzliche Änderung unserer Finanzverfassung, also auch unserer Gesetzgebung. Interesse an solcher Änderung haben die

Intellektuellen, um ihrer wirtschaftlichen Position wie um ihres gesellschaftlichen Einflusses willen. Kritisch erzogen, fühlen sie sich verpflichtet, für eine rationalere Ordnung zu sorgen. Hintergrund der studentischen Sorgen, Wünsche und Verkrampfungen ist die Frage nach dem Sinn unseres Lebens und nach der Verantwortung des Menschen für den Menschen.

Sigrist: Gegen Dahrendorfs Dezentralisierungskonzept schlage ich eine Unterscheidung von nicht-politischer und politischer Herrschaft durch das Kriterium des einer Zentralinstanz unterstellten Erzwingungsstabes vor; Gesellschaften lassen sich nach ihrem (z. B. als quantitative Relation von Erzwingungsstab und Gesamtbevölkerung meßbaren) Herrschaftsdruck skalieren; mit der für den Spätkapitalismus typischen Zunahme des Staatsapparats kann man dann zum Beispiel mit Hilfe einer Theorie über den Zusammenhang von Herrschaftsdruck und Diskriminierung die verschärften Aggressionen gegen marginale Gruppen erklären.

Als gesamtgesellschaftliche Auswirkung des Erzwingungsstabes ist die Diffusion der in den Bürokratien, insbesondere der Armee, ausgebildeten Verhaltensweisen in andere soziale Bereiche von besonderer Wichtigkeit; der von Adorno geschilderte Spontaneitätsverlust ist auf die technologische Notwendigkeit der genauen Handlungskoordination, der Rollensummierung und militarisierter Verhaltensweisen zurückzuführen, wie zum Beispiel ein verhaltenswissenschaftlicher Vergleich mit den freien Stämmen Zentralasiens zeigt.

Da Adornos Utopie der herrschaftsfreien Gesellschaft auf der technologischen Stufe der Industriegesellschaft nicht realisierbar und darum unverbindlich erscheint, schlage ich die Entwicklung konkreter Vorschläge zur „Minimierung der Herrschaft" vor.

Vordringlich ist dabei die Emanzipation der nichtstaatlichen Kooperationsgebilde von bürokratischen Mustern, zum Beispiel also die Abschaffung kasernierter Produktionsweisen. Darüber hinaus wird es gewaltfreier wie gewaltsamer antiherrschaftlicher Aktionen bedürfen, wenn die expansive Zentralorganisation auf funktional notwendige Herrschaftsausübung reduziert werden soll.

Thomas: Nachdem Herr Dahrendorf das Wort „Anarchie" auf eine interessante Weise aufgewertet hat, nur einige Hinweise, wie schwer es die Soziologie mit diesem Phänomen hat. Wenn man ihr manchmal nachsagt, bei allen Bemühungen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu studieren, die Gesellschaft doch schlecht zu kennen (so etwa Etzioni, A., Social Analysis as a Sociological Vocation, AJS 70, 1964, S. 613 f.), so sehe ich eine Ursache dafür in dem Verfahren, nichts als Regeln und Strukturen in der Gesellschaft zu suchen. Auf diesem Wege wird methodisch all das ausgeschieden, was ungeregelt und „unstrukturiert" – wenigstens im soziologischen Sinn – ist. Zudem hilft man sich etwa mit der niedlichen Kategorie „informell", um auch das

Ungeplante noch in den Griff zu bekommen. Sicher ist das Anarchische auch „strukturiert", aber eben nicht im Sinne üblicher Ordnungskategorien, die ja immer auch Herrschaftskategorien (im weiteren Sinn) sind.

Brandt: Ich habe doch den Eindruck, daß Herr Dahrendorf, ob nun ungewollt oder gewollt, oder vielleicht gar allzu bereitwillig, einigen Mißverständnissen erlegen ist. Herr Dahrendorf, Sie unterstellen uns, daß wir unserer Sache allzu sicher sind, allzu sicher insofern, als wir, wie Sie meinen, ausgehen von der Wirksamkeit objektiver gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen, Entwicklungstendenzen, die unvermeidlich wären. Es ist der alte Objektivismus- oder, noch etwas genauer, Ökonomismus-Vorwurf, eine Karte allerdings, die, würde ich meinen, hier nicht sticht. Denn wir haben ziemlich ausdrücklich gesagt, daß das Verhältnis von politischem Handeln und faktischen Bedingungen politischen Handelns sich uns als zunächst einmal indeterminiert darstellt. Politisches Handeln steht, das haben wir zum Ausdruck zu bringen versucht, in der Spannung zwischen Maximen vernünftiger politischer Praxis und faktischen Bedingungen politischen Handelns, wobei wir dazu neigen würden, ökonomischen Bedingungen zentrale Bedeutung beizumessen – inwiefern, das haben wir im Mittelteil unseres Beitrages anzudeuten versucht. Wir haben es darüber hinaus anzudeuten versucht, wie Sie ja wahrscheinlich wissen, in einer ganzen Reihe von Studien, die sich auf Probleme der Bildungspolitik, der Hochschulpolitik, auch auf die Rüstungspolitik in diesem Lande beziehen. Sie werden uns also nicht so ohne weiteres eines simplen und naiven Ökonomismus zeihen können. Es könnte nun scheinen, daß nach dieser Richtigstellung unsere Auffassungen über politische Soziologie und auch politisches Handeln hier konvergieren. Wir würden ganz genauso wie Sie meinen, daß nun ganz entscheidend die Frage nach den Maßstäben, nach regulativen Ideen politischen Handelns ist. Ich möchte allerdings vermuten, daß hier nach wie vor einige doch gravierende Differenzen im Spiel sind, die man nicht verhehlen sollte. Die eine scheint mir darin zu bestehen, daß Sie dazu neigen, die faktischen oder restriktiven Bedingungen politischen Handelns, von denen wir gesprochen haben, vor allen Dingen auch die ökonomischen Bedingungen, auszusparen, und das hängt wohl mit dem Status Ihrer Herrschafts- und Konflikt-Theorie zusammen. Gegen diese Herrschaftstheorie ist gelegentlich eingewendet worden, daß sie, darin nicht unähnlich der Theorie des späten Parsons, auf der normativen Ebene, auf der Ebene normativer Bedingungen sozialen Handelns angesiedelt ist, insofern nämlich, als sie vorgängige Interessen und vorgängige Gewaltverhältnisse aus ihrer Reflexion weitgehend ausspart. Konsequent zu Ende geführt, läuft dieser Vorwurf darauf hinaus, daß es sich bei dieser Herrschafts- und Konflikt-Theorie im Grunde um eine normativ-analytische Theorie ohne allzu große aufschließende Kraft handelt.

Der zweite Unterschied betrifft den Status der regulativen Ideen politischer Praxis. Auch in dieser Frage scheinen wir uns ja zunächst ziemlich nahegekommen zu sein, insofern auch wir meinen würden, daß subjektive Faktoren, die

in Situationsdeutung etwa wirksam sind, von ausschlaggebender Bedeutung für politisches Handeln sind und entsprechend auch von einer politischen Soziologie in Rechnung gestellt werden müssen. Allerdings vermögen wir schwer einzusehen, wie vernünftige politische Praxis, um gleich auf das Praxisproblem zu kommen, sich auf die Absage an den Gedanken, ich sage: an den Gedanken, der Aufhebung von Herrschaft von Menschen über Menschen stützen kann. Dieser Zweifel, diese Frage hat einmal einen wissenschaftslogischen Aspekt, der hier auch nicht im entferntesten zulänglich abgehandelt, der aber möglicherweise in der Donnerstagveranstaltung wieder aufgenommen werden kann. Dieser Einwand läuft darauf hinaus, ob politische Theorie sich auf das bei Ihnen ja wohl sehr zentrale Konzept der Ungewißheit gründen kann, ob politische Theorie im Sinne sowohl einer Theorie politischen Handelns als im Sinne einer praktischen Theorie sich auf eine Approximationstheorie der Wahrheit gründen kann. Bedeutsamer in diesem Zusammenhang ist ein anderer Aspekt dieser Frage und dieses Einwands. Welche politische Funktion hat eigentlich die These von der Universalität oder Ubiquität von Konflikt und von Herrschaft? Zunächst einmal scheint diese These ja außerordentlich plausibel angesichts vorherrschender harmonistischer Gesellschaftsbilder und harmonistischer Ideologien. Darauf gründet sich auch zum guten Teil der Effekt Ihrer Konflikt- und Herrschaftstheorie. Die konkrete politische Funktion dieser Herrschafts- und Konflikt-Theorie scheint mir allerdings, was wohl weitgehend übersehen worden ist, auf eine Perpetuierung von Abhängigkeits- und Gewaltverhältnissen in der politischen Praxis hinauszulaufen. Das Konzept der Marktrationalität, über das Sie ja gehandelt haben, läuft – und darin besteht wohl seine politische Funktion – auf die Bestätigung etwa des oligopolistischen Wettbewerbs und der Praxis des Macht- und Interessenausgleichs hinaus – entgegen, würde ich meinen, Ihren Intentionen –, und zwar deswegen, weil Sie die Dimension vorgängiger faktischer Gewaltverhältnisse, vorgängiger Interessen aus dem Ansatz Ihrer Herrschaftstheorie aussparen. Hier konvergieren dann die beiden Gesichtspunkte, auf die ich aufmerksam machen wollte. Am Status Ihrer Konflikt- und Herrschaftstheorie würde sich vermutlich in dem Augenblick etwas ändern, da Sie, wie von vielen Ihrer Kritiker vorgeschlagen, die Dimension vorgängiger faktischer Interessen, Bedürfnisse und Gewaltverhältnisse mit in den Ansatz einbeziehen. Sie haben gelegentlich Andeutungen gemacht, die in diese Richtung zu weisen scheinen; hier liegt, wenn ich recht sehe, so etwas wie eine Zweideutigkeit in Ihrer Theorie der Herrschaft. Sie haben heute interessanterweise, es hat mich sehr fasziniert, eine mögliche Modifikation oder gar Revision angedeutet, eine Revision, die letzten Endes auf eine Rücknahme der These von der Universalität und Ubiquität von Herrschaft hinauslaufen würde. Es wäre interessant, heute oder in naher Zukunft Näheres über diese Modifikation zu hören.

Dahrendorf: Ich bedauere, daß ich auf die Bemerkungen von Herrn Adorno nicht gleich geantwortet habe, weil die letzten Hinweise uns hineinführen in

eine Reihe von Sachproblemen, die wir weiterverfolgen sollten und die doch unabhängig sind von der Auseinandersetzung, die ich angefangen habe und die Herr Adorno in so direkter und freundschaftlicher Weise aufgenommen hat. Ich würde mich nämlich gerne zu den Fragen, die zuletzt angeschnitten worden sind, im einzelnen äußern.

Ja, es ist richtig: ich habe heute ausdrücklich sagen wollen, daß nach meiner Meinung der Versuch des Nachweises der Ubiquität von Herrschaft ein wenig sinnvolles Unternehmen ist. Vor allem wollte ich damit sagen, daß im Nachweis der Ubiquität nicht die Argumentationskette liegen kann, mit der man sich bei der Begründung von Herrschaftsverhältnissen zufriedengeben kann. – Ja, ich habe das, was Sie als normativ bezeichnen, in dem Ansatz meiner Analyse; denn ich verstehe die Unterscheidung des Normativen vom Faktischen nicht in dem Sinne, in dem sie bei Ihnen eingeführt wird. Hier müßten wir uns im einzelnen darüber unterhalten, ob nicht die vorgängigen Abhängigkeitsverhältnisse nur andere, von Ihnen für wichtiger gehaltene Weisen der Normierung menschlichen Verhaltens sind, ob Sie also nicht nur Prioritäten zwischen verschiedenen Formen der Normierung des Verhaltens setzen, ohne ernsthaft unterscheiden zu können zwischen der Normierung normierten und faktischen Verhaltens. – Ich würde mich auch gerne im einzelnen zu den Bemerkungen von Herrn Sigrist äußern, weil ich meine, daß sie uns in der soziologischen Analyse einen wesentlichen Schritt weiterführen könnten. Ich sage das, weil der Verdacht sich aufdrängt, daß nicht alles, was Herr Sigrist argumentierend gesagt hat, voll verstanden worden ist. Ich habe ihn eigentlich nicht so verstanden, daß er anthropologische Konstanten aus bestimmten Feldforschungen holen wollte, um sie in die Analyse der spätkapitalistischen Gesellschaft einzuführen. Er wollte ein Beispiel geben für eine herrschaftslose Gesellschaft; hat aber im übrigen ja von dem Dezentralisierungskonzept, vom Erzwingungsstab, von der gelähmten Reaktionsfähigkeit und verwandten Fragen gesprochen, über die man in der Tat weiter diskutieren müßte. – Auch über das Verhältnis von Soziologie und Ökonomie, bei dem ich mich angesprochen fühle, wäre mehr zu sagen. Es ist wohl richtig, daß es eines der Merkmale der deutschen Soziologie der letzten anderthalb Jahrzehnte war, daß hier die Beziehung zur Ökonomie gebrochen war. Ich möchte aber diese ganzen Fragen im Augenblick beiseite lassen und noch einige Anmerkungen zu den Ausführungen von Herrn Adorno machen.

1. Wenn Herr Adorno von gesamtgesellschaftlichen Veränderungen auf der einen Seite und den Forderungen des Tages auf der anderen Seite spricht, als sei das die Alternative, vor der man steht, dann reproduziert er nach meiner Meinung in dieser Alternative eine fatale Tatsache unserer eigenen Gesellschaft, nicht aber ihre Möglichkeiten. Das heißt also, das ist nicht die Alternative, in der ich die Frage soziologischer Analyse oder politischer Möglichkeiten sehe. Vielmehr bezeichnet der Abgrund zwischen gesamtgesellschaftlicher Analyse und Veränderung einerseits und einem reinen Beharren auf den Forderungen des Tages, dem sogenannten Pragmatismus auf der anderen Seite,

genau den Punkt, an dem nach meiner Meinung die Verbindung von Theorie und Praxis einzusetzen hat. Zwischen diesen beiden Extremen also, wo Teilbereiche analysiert – sicher auch in ihren Zusammenhängen, aber doch zunächst als solche analysiert – werden, wo für sie politische Maximen entwickelt werden können und daher praktisches Handeln möglich ist – eben dort sehe ich die Aufgabe sowohl der soziologischen Analyse als auch der politischen Praxis. Genau das ist auch der Bereich, der mir zu kurz kommt, wenn die Betonung zu stark auf die Verbindung der verschiedenen Teilbereiche gelegt wird. Es gibt mit anderen Worten eine Bildungspolitik. Ich bin nicht der Meinung, daß die Bildungspolitik als solche schon, sagen wir, Wirtschaftspolitik ist. Aber ich bin der Meinung, daß sie trotzdem sinnvoll ist. Es gibt also auch eine Soziologie des Bildungswesens; sie ist nicht als solche schon Wirtschaftssoziologie. Sie erspart uns auch nicht die Wirtschaftssoziologie. In diesem Sinne zwischen Gesamtgesellschaft und Forderung des Tages liegt der Bereich, auf den es mir ankommt.

2. Die Frage, die mich beschäftigt, ist: Wie kann man gegebene Verhältnisse verändern? In diesem Zusammenhang habe ich den Herrschaftsbegriff verwendet, und zwar im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß sich mit Herrschaftsverhältnissen gerade in modernen Gesellschaften auch die schrecklichsten Möglichkeiten ihrer Formierung verbinden. Es gibt aber, wenn ich mich nicht sehr irre, noch kein anderes Rezept der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse als das auf dem Umweg über die Beeinflussung bestehender Herrschaftsstrukturen oder die Veränderung bestehender Herrschaftsstrukturen oder die Ersetzung bestehender Herrschaftsstrukturen durch andere, also auf dem Umweg über die Herrschaft. Und daher ist die Frage zu verstehen, die ich gestellt habe: Wie ist die Domestizierung der Herrschaft unter Bedingungen der modernen Gesellschaft möglich? Nur in diesem Zusammenhange steht die Einführung des Begriffes, und in diesem Zusammenhange steht auch der Versuch, die Notwendigkeit der Herrschaft zu begründen. Denn ich habe auch in diesen Diskussionen noch keinen anderen Weg erfahren, wie die Veränderungen, die man sich wünschen mag, ohne Ausübung von Herrschaft vorgenommen werden können.

3. Ich würde zustimmen, daß die Frage der Sicherung des Friedens und insofern der nuklearen Politik eine entscheidende und umfassende Frage auch für die soziologische Analyse ist. Aber der Versuch, das Zentrum der Herrschaftsstrukturen moderner Gesellschaften bei denen zu suchen, die Entscheidungen über Krieg und Frieden zu treffen vermögen, hilft uns dennoch wenig. Zwar können wir mit C. Wright Mills feststellen, daß diese Entscheidung wenigen Leuten überlassen ist. Wir können auch mit Mills sagen, daß dies Leute sind, bei denen sich militärische, ökonomische und politische Führungspositionen verbinden. Aber dieselbe kleine Schar ist mit all ihrer Macht über Krieg und Frieden nicht in der Lage, auch nur ein bißchen an den Agrar-Subventionen zu streichen, oder tausend andere „kleine" politische Entscheidungen zu verändern, die doch die Lebenschancen der Menschen unmittelbar betreffen. Daher reicht der bloße Hinweis auf den ausschlaggebenden Charak-

ter der Friedenssicherung nicht zu, wenn wir uns überlegen, in welcher Form und an welchen Punkten Veränderungen in unseren Gesellschaften nötig sind. Wir müssen vielmehr doppelgleisig denken in der Analyse wie in der Entscheidung, d. h. also einerseits die Sicherung des Friedens im Sinn halten, andererseits aber über diesem Grundproblem nicht die vielen anderen Fragen übersehen, die ihre Bedeutung im subnuklearen Raum gewinnen.

Nun hat Herr Adorno wohl den Gedanken des Friedens nicht in dem Sinne eines nuklearen Friedens oder eines Nicht-Krieges im technischen Sinne verstanden, sondern viel allgemeiner als die Herstellung eines Zustandes, in dem die gesellschaftlichen Antagonismen grundsätzlich beseitigt sind in unmittelbarer Antwort auf die in Anknüpfung an Simmel von Herrn Adorno formulierte Theorie des Streites. Für mich aber stellt sich bei der Analyse der internationalen Beziehungen nur die Frage: wie der konkrete Frieden erhalten oder hergestellt werden kann? Und für die Analyse der politischen Veränderungsmöglichkeiten: wie diese im subnuklearen Bereich aussehen? Das ist eine unterschiedliche Art und Weise des Denkens bei uns, wie sie ja vielfach in dieser Diskussion deutlich wird.

Was die Frage des „Jargons der Eigentlichkeit" angeht, so hat Herr Adorno mit Recht auf die nicht nur berechtigte, sondern auch gelungene Absicht ideologischer Enthüllung in seiner Schrift unter diesem Titel hingewiesen. Immerhin möchte ich doch bemerken, daß auch differenziertere Sprachversuche sich der agitatorischen Verwendung nicht völlig entziehen. So kann es einem geschehen, wenn man heute in eine Schule geht, daß man gefragt wird: „Was halten Sie von der Manipulation in der ständig autoritärer werdenden repressiven Gesellschaft?" Und ich bin nicht völlig sicher, daß die Reflexion des Fragestellers so weit geht, daß er die beabsichtigte Differenziertheit solcher Vorstellungen wirklich voll erfüllt.

4. Ein Wort mag am Platze sein zur Frage der Objektivität. Hier ist von Herrn Adorno gesagt worden, er wolle das System selber erkennen und nicht wissenschaftlich erfundene Kategorien an es herantragen. Hier bleibe ich dann bei meiner Stellungnahme: Herr Adorno weiß dann eben unendlich viel mehr als ich, d. h. ich gehe grundsätzlich nicht davon aus, daß es mir auch nur möglich sein könnte, „das System selber" zu erkennen und zu erfassen, also etwas anderes zu tun als wissenschaftliche Kategorien an die beobachtbare Welt der Erfahrung heranzutragen. Das ist aber ein methodischer Ansatz, der uns nun doch wieder zurückführt zu den viel diskutierten Fragen des Gegenübers von sogenanntem Positivismus und sogenanntem dialektischem Denken. Ganz und gar nicht war es meine Absicht, den Vorstellungen von Herrn Adorno in irgendeinem Punkt auch nur das geringste Element der Unmenschlichkeit zu unterstellen. Denn es ist mir aus zahlreichen Äußerungen und besonders aus einer nicht ganz undramatischen Situation in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie bei der Diskussion von Methodenfragen wohl bekannt, wie entschieden Herrn Adornos Position in dieser Sache immer gewesen ist. Es geht hier also nur um die Frage, mit welchen Methoden wir Gesellschaft so analy-

sieren können und so verstehen können, daß wir zugleich in die Lage versetzt werden, Veränderungen vorzunehmen. Diese ganze Diskussion allerdings – um zum Anfang noch einmal zurückzukehren – liegt für mich, so wichtig sie ist, im Vorfeld der soziologischen Analyse. Ich selber würde die soziologische Analyse allerdings beginnen sehen mit vielen der Bemerkungen, die nachher gemacht worden sind, und auf die ich jetzt nur sehr kurz eingegangen bin.

Popitz: Wir haben die typische Schlußwort-Situation. Alles strebt zu den Heringen. Ich bin aber doch dafür, es anders zu machen: Wer Lust hat, diskutiert weiter. (Zustimmung) Bitte neue Wortmeldungen.

Hofmann: Herr Dahrendorf hat eine theoretische Haltung, zu der ich mich für meine Person bekenne, als unnütz für die Praxis abgetan. Da wäre doch einmal zu bedenken, ob es etwas Praktischeres und auch Bedrohlicheres geben kann als eine konsequente Theorie. Und es wäre auch zu fragen, ob die Behauptung von einer sich selbst frustrierenden Theorie nicht selbst aus der Sichtweise eines Praktizismus stammt, der ernsthafte Veränderungen vielleicht gar nicht will. Wenn Herr Dahrendorf die Frage aufwirft: wie ist Domestizierung von Herrschaft möglich?, so mutet dies eigenartig an in einem Augenblick, da das Drängen unserer herrschenden Kräfte nach *Notstandsgesetzen* zeigt, wie wenig diese Kräfte sich domestizieren lassen wollen. Und man müßte auch fragen: leben nicht gerade unsere politischen Praktizisten davon, daß sie das Konsequenzen-Ziehen aus dem, was sich täglich enthüllt, vereiteln; leben sie nicht geradezu von unserer Geduld? Haben sie nicht ein vitales Interesse daran, theoretische Einsicht praktisch *nicht* wirksam werden zu lassen, die Umsetzung von Theorie in Praxis zu vereiteln?

Offe: Wir hatten eigentlich gemeint, auf einige Fragen, die Herr Dahrendorf stellt, in unserem gemeinsamen Referat geantwortet zu haben. Deshalb jetzt nur noch eine zusätzliche Bemerkung: Herrn Dahrendorfs Ausführungen sind charakterisiert durch eine Verwechslung der beiden Begriffe *Praxis* und *Initiative*. Auf *Praxis* hin orientiert ist eine wissenschaftliche Deutung der historischen Bewegung des gesellschaftlichen Lebens, die ihre notwendige Folge, daß sie nämlich deutend diese historische Bewegung zugleich konstituiert und *fördert*, reflektiert und akzeptiert. In diesem Sinne stehen die Sozialwissenschaften in einem zirkulären Verhältnis zur sozialen Wirklichkeit, und wo das reflektiert wird, ist Praxis schon Bestandteil des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses. Dagegen scheint mir das, was Herr Dahrendorf brachte, die Aufforderung zur pragmatisch gedämpften politischen Einzelinitiative auf der Basis eines liberalen Gesellschaftsbildes zu sein. Wir können diese Aufforderung akzeptieren oder nicht; aber sie ist nicht wissenschaftlich ausweisbar, sondern nur durch Beredsamkeit plausibel zu machen. Weil wir dieser Aufforderung zur Initiative offensichtlich nicht so bereitwillig folgen, unterstellt uns Dahrendorf ein gebrochenes Verhältnis zur Praxis, das er wiederum

– so habe ich es herausgehört – aus einer verbohrten Option für „Herrschaftsfreiheit" herleitet, aus einem „Blütentraum" (ein Ausdruck übrigens, der das Privileg des Generationsvorsprungs doch deutlich ausspielt). Die Diskussion der immerhin empirisch prüfbaren Konsequenzen, die unser Versuch einer Analyse ergeben hat, ist über der Kritik von deren vermeintlichen Motiven leider zu kurz gekommen.

Popitz: Noch zwei kurze Bemerkungen des Referenten.

Brandt: Ich würde ganz gern auf die sehr interessante und sehr wichtige Frage nach den Kriterien von Rationalität eingehen, auf die hier aufmerksam gemacht wurde. Ganz sicher scheint es so zu sein, daß man, wenn man so argumentiert wie wir, schnell zurückgeworfen wird auf einen außerordentlich fragwürdigen Begriff von technologischer Rationalität oder auf die Alternative etwa von Marktrationalität und Planrationalität. Und wenn man dieser Alternative verhaftet bleibt, dann mag in der Tat eine Reihe von guten Argumenten für das Prinzip der Marktrationalität sprechen. Nun wird man allerdings davon ausgehen müssen, und darüber scheint ja doch wohl unter Nationalökonomen einiger Konsensus zu bestehen, daß eine ganze Reihe von Problemen, die sich sowohl sozialistischen wie kapitalistischen Ländern heute stellen, unter den Bedingungen einer Dezentralisierung der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel nicht zulänglich lösbar ist. Das betrifft insbesondere wohl die Probleme der Wachstumspolitik. Insofern ist also das Konzept der Marktrationalität in der Tat wohl nicht geeignet, zur Lösung ganz entscheidender Fragen zu führen. Wie gesagt, aber damit sind die Bedenken, die gegen die Etablierung des Prinzips der Planrationalität sprechen, noch nicht ausgeräumt. Wir würden nun meinen, daß die spezifischen Desiderate einer auf zentrale Planung sich stützenden Wirtschaftspolitik sich unterscheiden, je nachdem, wie die Frage der Verfügungsgewalt und je nachdem, wie die Frage der politischen Willensbildung, die letzten Endes zu wirtschaftspolitischen Entscheidungen führt, geregelt ist. Hier genau an dieser Stelle kommen die praktischen Ideen, von denen Herr Offe eben noch einmal sprach, oder das, was man Maximen vernünftiger Praxis nennen könnte, ins Spiel, wobei wir sehr bereitwillig zugeben, daß es sehr schwerfallen würde, inhaltliche Kriterien für solche Maximen anzugeben. Es käme hier sehr viel eher darauf an, die Bedingungen der Möglichkeiten dafür zu schaffen, daß Entscheidungen zustandekommen, die sich auf das stützen, was man das Interesse aller, das Gesamtinteresse, nennen könnte. Hier kommt ganz besonders das Postulat der demokratischen Willensbildung im Wege einer öffentlich geführten Diskussion ins Spiel. Damit ist man über die unfruchtbare Alternative Markt- und Planungsrationalität doch wohl hinaus. Ich kann hier möglicherweise nicht für alle Autoren sprechen, will aber für meine Person zugestehen, daß wir es hier mit Problemen der Wirtschaftsverfassung zu tun haben, die durch eine flinke Vorentscheidung sicher nicht zu lösen sind, die jedoch ein zentraler

Gegenstand der Diskussion über die Möglichkeit vernünftiger politischer Praxis in der nächsten Zukunft sein werden.

Es wäre denkbar, daß in diesem Zusammenhang eine Konflikttheorie, die in der angedeuteten Richtung revidiert wäre, in ihr Recht käme, eine Konflikttheorie, die allerdings, wie ich es anzudeuten versuchte, mit der These von der Universalität von Herrschaft und Konflikt nicht Universalität von Abhängigkeit und Gewaltverhältnissen meint.

Im Namen der Mitarbeiter an unserem Referat setze ich die versammelten Teilnehmer des 16. Deutschen Soziologentages davon in Kenntnis, daß wir das uns zustehende Honorar für das vorgetragene gemeinsame Referat an die vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund veranstaltete Sammlung zugunsten desertierter amerikanischer Soldaten weitergeben werden. Wir fordern Herrn Dahrendorf ebenso wie die anderen Bezieher von Honoraren auf, gleichermaßen zu verfahren.

Dahrendorf: Darf ich noch drei kurze Bemerkungen machen.

1. Dadurch, daß man zwanzigmal darüber nachdenkt, was man in einer bestimmten Diskussionssituation tut, wird das, was man tut, nicht notwendig besser. Ich hatte sehr viele Vorstellungen von dem, was ich heute früh sagen wollte, und das, was ich tatsächlich gesagt habe, habe ich erst auf Grund der Serie von Gewißheiten gesagt, die in einzelnen Referaten hier zum Ausdruck gekommen ist. Gerade gegen diese Serie von Gewißheiten wollte ich Fragen stellen, und das war also der Grund dafür, daß ich so viele Fragen formuliert habe. Ich wäre durchaus bereit, und ich war eigentlich darauf präpariert, das in Form einer Analyse und nicht von Fragen zu tun. Aber auch in der Form spiegeln sich methodische Unterschiede, die ich herausstreichen wollte. Ob mir das gelungen ist, ist eine andere Frage.

2. Was tue ich, wenn andere sich die Domestizierung der Herrschaft nicht gefallen lassen? In gewisser Weise könnte man die Frage dem Frager zurückgeben: was tut er? Was ich tue, ist ihm ja bekannt, d. h. also, ich versuche diese Domestizierung der Herrschaft und die Veränderung zu bewerkstelligen. Ich will jetzt nicht in Einzelthemen, wie die der Notstandsgesetze gehen, wo meine Haltung ganz klar ist. Das zu tun, wäre mir zu billig. Die Domestizierung der Herrschaft wird aber dadurch sicher nicht erreicht, daß wir uns mit einer gewissen Subalternität der Analyse weinend abwenden von den Verhältnissen um uns herum.

3. Ich mißtraue der bloßen Einzelinitiative genauso sehr wie die Frager. Ich sehe die Einzelinitiative stets im Zusammenhang umfassender Möglichkeiten der Veränderung. Ich finde die Tatsache, daß Herr Brandt das Honorar, das er bekommt, in den Fonds des SDS gibt, nobel. Ich verstehe den Beifall dafür, aber ich sehe darin auch nur eine Einzelinitiative und würde diejenigen, die das mit Recht beifällig aufgenommen haben, sehr davor warnen, solche Einzelinitiativen schon für einen Ersatz für genau jenen mittleren Bereich politischer Maximen und politischer Aktionen zu halten, um den es mir geht.

Popitz: Ich danke den beiden Referenten, allen Diskussionsrednern des Vormittags und Ihnen allen für Ihre Geduld. Ich habe aber noch vor, zwei Sätze zum Schluß zu sagen, die vielleicht nicht ganz so friedlich sind.

Ich finde die Idee von Herrn Brandt ausgezeichnet, das Honorar, mag es nun eine Einzelinitiative sein oder nicht, dem Fonds der amerikanischen Kriegsdienstverweigerer zur Verfügung zu stellen. Ich finde die Idee nicht ausgezeichnet, das in dieser Form und in dieser Stimmung des Saales zu verkünden mit der Aufforderung für alle anderen, das auch zu tun. Das halte ich für eine Repression. Ich antworte darauf mit dem Entschluß, mein Honorar dem Caritasverband zur Verfügung zu stellen.